

Merseburger Kreisblatt.



Abonnementpreis: Vierteljährlich bei den Aus-
trägern 1,30 M., in den Ausgabestellen 1 M., beim
Postbezug 1,50 M., mit Postgebühren 1,98 M. Die
einzelne Nummer wird mit 15 Pfg. bezogen. —
Die Expedition ist an Wochentagen von früh
7 bis abends 7, an Sonntagen von 8^{1/2} bis 9 Uhr
geöffnet. — Sprechkunde der Redaktion abends
von 6^{1/2} bis 7 Uhr. — Telefonnr. 274.

Insertionsgebühr: Für die 6 gespaltene Korpus-
zeile oder deren Raum 20 Pfg., für Private in
Berührung und Umgebend 10 Pfg., für periodische
und größere Anzeigen entsprechende Ermäßigung.
Komplizierter Satz wird entsprechend höher berechnet.
Notizen und Briefen außerhalb des Inseratentittels
40 Pfg. — Sämtliche Annoncen-Bureaus nehmen
Inserate entgegen. — Telefonnr. 274.

Tageblatt für Stadt und Land.

(Amtliches Organ der Merseburger Kreisverwaltung und Publikations-Organ vieler anderer Behörden.)

Gratisbeilage: „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Der Nachdruck der amtlichen Bekanntmachungen und der Merseburger Lokal-Nachrichten ist ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Nr. 156.

Mittwoch, den 7. Juli 1909.

149. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Dem Küster Rennverm ist die Erlaubnis erteilt, in Verbindung mit dem im September d. Js. in Tilsit stattfindenden Pferdemarkte eine öffentliche Verlosung von Wagen, Pferden, Gold- und Silbergewinnen zu veranstalten und die Lose — 100 000 Stück zum Preise von je 1 M. — in der ganzen Monarchie zu vertreiben.

Es sollen 1636 Gewinne im Gesamtwerte von 43 000 Mark zur Auspielung gelangen. Die Ziehung wird voraussichtlich im September 1909 in Tilsit stattfinden.

Berlin, den 21. Mai 1909.

Der Minister des Innern.

Im Auftrage:

(gez.) von Klingg.

Merseburg, den 30. Juni 1909.

Der Königliche Landrat.

Graf v. Hausoville.

Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsversteigerung soll das in Oberkriegsdist bezogene, in Grundbüchern von Oberkriegsdist Band III Blatt Nr. 76 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen des Handelsmanns **Karl Reineke** in Oberkriegsdist einzutragende Grundstück, Wohnhaus mit Hofraum und Hausgarten, Nachbargrunt Nr. 3 mit einem jährlichen Gebäudewertungswerte von 45 Mark

am 18. September 1909,

nachm. 3 Uhr

durch das unterzeichnete Gericht im Springens-
wärtigen Hofhofe zu Unterkriegsdist ver-
steigert werden. (1538)

Merseburg, den 29. Juni 1909.

Königliches Amtsgericht.

Maren Erichsen.

Roman von J. Jodk.

So war auch der letzte Faden ge-
zogen, der sie an die alte Heimat
band. Die alten Eltern waren tot, die
Kinder des Hauses zerstreut. Freund Dietrich
lag auch schon in der stillen Erde, anderen
Menschen war Maren nie so nahegetreten,
daß sie sich nicht mit ihrem Scheiden aus
der dortigen Gegend von selbst aus ihrem
Leben lösten. Wehmütig schüttelte sie den
Kopf und lauschte wieder hinaus in das
Todesschweigen, das doch voll unheimlichen
Lebens war — eines Lebens, das mit brutaler,
nicht nachlassender Umarmung alles erstickte,
was da branten noch in verschwiegenem
Werden die keimenden Kräfte gerührt hatte.
Mit Gewalt ziß sie sich los von diesen
unheimlichen Gedanken und griff zu dem
Brief ihrer lieben Worigungen. Rasch über-
flog sie die Zeilen. Rähelnd ruzte ihr Auge
auf den Worten: „Du gehst uns überall,
Maren, und noch nie habe ich so gemerkt
wie wenig Deiner Alten geliebt ist an
frischem Lebensmut und fröhlicher Trautheit,
wie jetzt. Wenn unser kleiner Hans Oluf
nicht wäre, ich möchte es wie das Wurmweiser
und verzichte mich in irgend einen Winkel
zum Winterhof. Frau Anna meinte zwar,
sie könne mich nicht mehr ertragen. Du
glaubst nicht, wie oft Hans Oluf und ich
uns bei Teiler zu Gast laden. Dein Weiser

Reichstag.

* Berlin, 5. Juli.

Im Reichstag wurde heute zunächst die
Vorlage zur Änderung des Schankge-
setzes, die in erster Lesung das
Plenum debattellos passierte, einer beson-
deren Kommission behufs Ausarbeitung der
Vorschläge für die Uebergangszeit über-
wiesen.

Dann kamen die von der Kommissions-
mehrheit abgelehnten Steuerprojekte der
Regierung an die Reihe.

Als erster Gesetzentwurf betr. Erbschafts-
steuern, der den Gedanken der Verschärfung
des Verwandten-Erbschafts vermehren
wollte. Es sollte sich nur um solche Fälle
handeln, in denen der Erblasser ein Testament
nicht hinterläßt.

In der Verhandlung über diese Vorlage
haben die Parteien des Reichstages die
Kritik getauscht: die gesamte Linke legt sich
für die Vorlage ein, z. T., wie dies Abg.
Ulrich (Soz.), mit, mit solchem Feuerer,
daß Reichssekretär Sydow namens
der Regierung gegen diese allzu energische
Unterstützung, weil sie stark sozialistische Ten-
denzen vertritt, protestieren mußte.

Mit schärfsten Entwürfen bedroht Abg.
Dr. Junck (nl.) das erweiterte Erbschafts-
gesetz. Wie soll, fragt Abg. Dr. Junck,
eine Erbschaft des Familienfunds möglich
sein, wenn sich Erblasser und Erben über-
haupt nicht kennen, wenn letztere erst unter
den größten Schwierigkeiten ausfindig ge-
macht werden können? Wo der Familien-
sinn es absolut verlangt, könne durch Testa-
ment vorgezogen werden. Sowohl der nation-
alliberale Reformer wie der folgende freimütige
Redner, Abg. Dove, rühmen dem beantrag-
ten Gesetz hohe Popularität und gesunde
soziale Gedanken nach.

Abg. Dr. Altsch (fr. Vp.) bemerkt in
seiner die Vorlage warm empfehlenden

Rede u. a.: die Mehrheit kennt nur einen
Reiz bei der gesamten Finanzreform: mög-
lichste Schonung der Mittenden und mög-
lichste Ausbeutung der ärmeren Klassen!
Von den Mehrheitsparteiern werden nur kurze
Erklärungen, sämtlich gegen das Gesetz, ab-
gegeben.

Dann soll eine namentliche Ab-
stimmung bei dem grundlegenden § 1 er-
folgen. Die Konservativen möchten die Ab-
stimmung vertragen, bis ein wohlbedachtes
Gesetz vorhanden ist, wie Abg. Freiherr von
Bülow sagt. Die Linke protestiert entschieden
gegen diesen Wunsch. Die Abstimmung findet
statt und ergibt die Ablehnung der Erbschafts-
Vorlage mit 191 gegen 136 Stimmen.

Es folgt der Weinsteuergesetz-
entwurf. Die Kommissionsmehrheit hat die
Einführung einer Weinsteuer abgelehnt. Sie
hat nur eine Abänderung des Schaumwein-
steuergesetzes vom 9. Mai 1902 in Vorschlag
gebracht, derart, daß Schaumwein bis 2 M.
75 Pfg., zwischen 2 und 5 M. 1 M., zwischen
5 und 7 M. 2 M. und so mehr als 7 M.
3 M. für jede Flasche Wein zahlen soll.
Zeitweilig wird der Eingangszoll für
Schaumwein von 120 M. auf 150 M. für
einen Doppelkettner heraufgesetzt. Trotz aller
Mahnungen des Schatzsekretärs von Sydow
in der Kommission, trotz der Erinnerung an
das bekannte Wort des Grafen Polabinsky,
daß die Weinsteuer in dem überlebendsten
Teil Deutschlands eine Luxussteuer ist, hat
die Kommissionsmehrheit die vorgeschlagene
Weinsteuer zu Falle gebracht. Heute denken
wenigstens Konservative und Reichspartei
anders.

Die Abg. Graf v. Kanitz (L) und
Schulz (Vp.) beantragen, eine Weinsteuer
für Wein und Traubenmost im Werte von
mehr als 40 M. per Hektoliter in Höhe von
7^{1/2} Pfg. für das Liter einzuführen. Außer
der Weinsteuer soll ein Zuschlag für Flaschen-

weine erhoben werden. Es soll die Steuer
betragen 10 Pfg. bei einem Flaschenpreis von
1—2 M., die Flasche bis 800 ccm gerechnet
20 Pfg. von 2—4 M., 50 Pfg. von 4—6 M.,
1 M. von 6—10 M., 2 M. von 10—20 M.,
3 M. von 20—25 M., 5 M. von 25—50
Mark, 8 M. bei einem Preis über 50 M. die
Flasche. Solche Preise sind noch lange nicht
das Höchste, was gezahlt wird.

Abg. Graf Kanitz, der den Antrag be-
gründet, will ein Berliner Restaurant, wo
Weine zum Preise von 200 M. die Flasche
zu haben sind. Bei einer Weinaktion des
Klosters Gerlach brachte ein Faß von 1200
Liter einen Erlös von 69 640 M. oder 58 M.
das Liter! Graf Kanitz kommt zu dem Schlusse,
die Einführung einer Weinsteuer sei ein Gebot
der Gerechtigkeit (hört! hört! links).

Reichssekretär Sydow behauptet, daß
die Flaschensteuer, die die Regierung vor-
geschlagen habe, in der Kommission gefallt
sei. Wenn man das Bier und den Brannt-
wein, das Getränk der mittleren Klassen und
der kleinen Leute, steuerlich heranziehe, hätte
man an dem Fahrensamen nicht vorbeizugehen
sollen. Der Staatssekretär wendet sich gegen
den Antrag Kanitz-Schulz, weil die Steuer
unmittelbar beim Winger erhoben werden
müßte. Außerdem verbieten Rückfichten auf
verschiedene Bundesstaaten die Einführung
einer allgemeinen Weinsteuer.

Nach dieser Rede des Reichssekretärs
beantragte Abg. Graf v. Kanitz, für den
Fall der Ablehnung seines Antrages die Er-
hebung der Steuern der Regierung zu so-
ziolog. Diese Stimmänderung der konser-
vativen Bundesgenossen kommt dem Zentrum
ausgesprochen sehr ungelogen. Der Reiz
des Zentrums stellt sich aufs äußerste ver-
wundert, daß Graf Kanitz, dem doch sonst die
landwirtschaftlichen Interessen so sehr am
Herzen liegen, einen solchen Vorschlag machen
konnte!

wer weiß, wie bald Frau Anna folgen würde.
Auch die geliebte Alte zählte schon sechzig
Jahre und hatte nie zu den Gefunden ge-
hört. Was würde aus ihr werden, wenn sie
alle scheiden?

Die zunehmende Aufregung der Kranken
zwang Maren, sich zu beherrschen; sie setzte
sich wieder neben die Schwester und redete
ihre freudlich zu. Altmuth hörte jedoch nichts;
ihre Seele flatterte einer glückseligen Trau-
mewelt zu. „Bist Du da, Knud, und hast Du
Deine Altmuth nicht vergessen?“ flüsterten die
Lippen und die Arme hoben sich, wie um die
Gestalt des Geliebten zu umfassen. Ihre
Augen leuchteten in überirdischem Licht und
der Oberkörper richtete sich kräftig empor;
alles strebte dem entgegen, den sie selbsthaftig
vor sich sah in den Delirien des nahenden
Todes.

Draußen die hereinbrechende, eifige Winter-
nacht und hier drinnen die Phantasten
glühender Lebenskraft, während schon die
düsteren Knochenhände des Todes nach seiner
Beute griffen. Es war ein grausiges Sterben,
und Maren hätte den Lippen Schweigen auf-
erlegen mögen, die so töricht und doch so
tunlich mit dem einzigen Manne Zwiegespräche
hielten, den sie wahr und treu geliebt hatte.

Der Arzt trat ein — er hatte nichts mehr
zu sagen; die Schwester, die den Nachdienst
hatte, bat Maren, sich zu rufen, wenn sie
etwas bedürfe. Dann war Maren wieder
allein.

Altmuth war still geworden. Das Rot des
Fiebers wich einer fahlen Blässe; regungs-

los lag sie in den Armen mit geschlossenen
Augen. Als Maren über die Stirn der
Schwester strich, war diese naß. Die Brust
hob sich unmerklich unter dem schwächer
werden Herzschlag. Noch ein tiefer, langer
Seufzer — ein Aufschlagen der Augen in
großem, feterlichem Schauen — dann war
alles vorbei.

Der herbeigerufene Arzt konnte nur den
Tod feststellen, der viel schneller, als man
gedacht, allem Leben ein Ende machte.

„Woh! ihr, daß sie es überstanden hat,
Maren“, tröstete Teiler, als er zu früher
Morgenstunde in Zehndorf eintraf, um alles
Geschäftliche zu ordnen. „Wir holen Altmuth
nach unterm stillen Buchhof; dort soll sie
im Schatten der Erde ruhen, wo meine
Frau sich ihre Ruhestätte ausgesucht hat.
Es ist ihr ein lieber Gedanke, dort nicht
allein zu liegen.“

„Ach, Weiser, wie können Sie so gefast
darauf sprechen!“

„Durch Jahre hindurch habe ich mich mit
dem Gedanken vertraut machen müssen,
Maren. Sie werden es auch noch lernen,
Ich genieße dankbar jeden Tag, den uns Gott
noch zusammen läßt, aber das Scheiden steht
doch vor unserer Tür. Sollte ich meiner
tapferen Anna ein langes Schmerzenslager
wünschen? Wieder ein Ende mit Schreden
als ein Schreden ohne Ende. So wollen wir
auch dieser Toten die Ruhe gönnen und
mild verzehrend des schweren Lebens gedenken,
das sie über Ihr Leben und das ihres Mannes
brachte.“ (Fortf. folgt.)

In der weiteren Debatte haben die Redner, die Gegner einer Weinsteuer in jeder Form sind, entschieden das Lieberwärtig. In den Bestimmungen wurde der Antrag Kapitalkonkurrenz und die Regieumsatzsteuer abgelehnt. Dagegen wird die Novelle zum Finanzkommissionen vorgeschlagen ist, mit 200 gegen 125 Stimmen angenommen.

Der Reichstag legt die nächste Sitzung auf Dienstag 11 Uhr fest und ändert als ersten Gegenstand der Tagesordnung die Vorlage über die Zollmäßige Verwertung von Weizen an. Die oesante Linke protestiert energisch dagegen: für zahlreichere andere Gesetze sei viel dringenderes Bedürfnis vorhanden. Die Mehrheit aber besteht auf ihrem Willen, und die Abstimmung beschließt den Vorschlag des Präsidenten. Nach dem Westengeseß soll die Rest der Finanzreformgesetz erledigt werden.

Der Freisinn in der Aera der Wladopolitik.

Merseburg, 6. Juli.

Auf dem freisinnigen Parteitag am vorigen Sonntag in Berlin äußerte sich u. a. der Abgeordnete Wtemer:

Die Freisinnigen wollten dem Volk keine Träne nach, hätten eher auch gar keinen Anlaß, auf die Periode der Wladopolitik mit Bedauern zurückzublicken, die dem Liberalismus eine Reihe länger erstreckter Reformen gebracht hat: die Wladopolitik des Majestätsbeleidigungsgesetzes, ein Strafprozeßreform, eine Verbesserung des Verleumdungsgesetz, das Reichsverleumdungsgesetz, das Gesetz über die Haftpflicht des Staates für Amtsvergehen der Beamten, die jährliche Zusage, daß die Reform des preußischen Wahlrechts eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart ist, die Anerkennung der Gleichberechtigung liberaler Staatsauffassung, das Aufgehändnis der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Konfessionen im Herr usw. Handel, Industrie und Gewerbe werden nach der Sprengung des Blocks jetzt die Wirklungen einer realen ökonomischen Gesetzmäßigkeit am stärksten spüren.?) Zentrum ist wieder Trumpf geworden. Das Zentrum jetzt allerdings zu nächst Sumpfpfählen, wird sich eher, was es jetzt an neuen Steuern bewilligt, auf anderen Gebieten begnügen lassen.

Die Worte des Abgeordneten Wtemer bekräftigen, was wir immer behauptet haben, daß sich die Freisinnigen beim Volk recht gut gefunden haben. Das Sozial, Industrie und Gewerbe ist die Wirklungen einer realen ökonomischen Gesetzmäßigkeit zu spüren bekommen werden, glauben wir vorläufig noch nicht, wo solche Gesetze beabsichtigt sein sollten, die verkehrsförderlich wirken, ist die Regelung auch noch da. Es bleibt einmal zunächst abzuwarten, was an verkehrsförderlichen Vorlagen kommt und ob nicht wieder einmal unnütze Verurteilung in weite Kreise getragen wird.

Auf dem Handwerker- und Bauernkongress.

Sozialdemokratie und bürgerliche Demokratie können es gar nicht erwarten, bis der Reichstag aufgeführt wird. Für etwaige Verhandlungen kalkuliert die bürgerliche Demokratie folgendenmaßen: Den Sozialdemokraten können wir ersatzlos abgeben, nicht abnehmen, weil die Arbeiter unsere Werten schon seit mehr als dreißig Jahren keinen Wandel mehr spüren, allein sind wir zu schwach, um uns zur Geltung zu bringen, wir müssen also doch. Wähler zu uns herüber zu ziehen suchen, wo man bisher konservativ dachte, d. h. bei den Handwerkern und bei den Bauern. Demnach müssen wir, so faßlich die Demokraten den Handwerker betrugenden versuchen, daß sie bei uns im Ganzen und die besten aufgehoben sind, als bisher bei den Konservativen, und den Landbewohnern müssen wir beibringen, daß sie in dem neu zu begründenden Bauernbunde die wahre Vertretung ihrer Interessen finden werden.

Es ist ja menschl. erklärlich, daß der Liberalismus, von dem seit 30 Jahren nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Bauern und Handwerker nicht mehr wissen wollen, den Versuch macht, ob er unter moderner Firma: Handlöhner und Bauernbunde die Wähler nicht wieder gewinnen kann, die einst seiner Fahne folgten, die Auslichten sind aber schädel. Die Handwerker, (speziell der Bund) der Handwerker, läßt künstlich lenen, die zum Reichstag kandidieren, einen Fragebogen vorlegen, wie sie sich zu den und den Fragen stellen, die das Handwerk als solches betreffen. Die Fragen werden sehr präzise gestellt, und die Antwort wird sehr präzise begehrt. Da es nun ganz undenkbar ist, daß ein überzeugter Demokrat und Menschekamer die Forderungen bewilligt, die der deutsche Hand-

werker als solcher stellen zu müssen glaubt, so ist die Konflikt von vornherein gegeben. Die Handwerker sind in ihrer öffentlichen Beurteilung von ihrem Landesvertreter nachdrücklich darauf hingewiesen worden, sich h. a. w. den Reichstags- und Erziehungswahl unbeding. mit der Landesleitung ins Einvernehmen zu setzen. Das werden die schon schon Vorläufe erhalten, wo ihre wachen und wo ihre verletzten Freude zu suchen sind. Mit dem neu zu gründenden Bauernbunde verpflichtet die Sache wirklich Interesse zu werden. Auch die Landwirte der sich nicht viel mit Politik beschäftigen, weiß und läßt es inständig, wo seine wahren Freunde zu suchen sind, er weiß auch, daß die Interessen der Landwirte, so politische sind und daß es bei der Zoll- und Wirtschaftspolitik keine Sonderinteressen, sondern nur Interessen der Landwirtschaft gibt. Solche Sonderinteressen sollen aber von der Freisinnigen, die sich sonst nicht im mind. zu dem Landwirt und seine Interessen kümmern, in den letzten Mod der Landwirte künstlich hinein getragen werden, um diesen zu sprengen. Die alte Phalaris der Landwirte ist den Freisinnigen stets der größte Dorn im Auge gewesen, und sie werden alles aufbieten, diesen Dorn zu sprengen.

Es wird gut sein, wenn auf dem Lande dieser Gefahr und etwaigen Wählern bei Zeiten vorgebeut wird. Den Hauptimpuls spielen die Freisinnigen immer damit aus, daß sie einen künstlichen Gegensatz zwischen den Interessen des Groß- und Klein-Bauernschlages konstruieren. Das ist durchsichtige Waise, jeder Landwirt sei auf seine Hut, daß er dem Schmeichler den Freisinnigen nicht zum Opfer fällt, denn diese haben für ihn genau so viel und so wenig übrig, wie die Sozialdemokraten.

Wochmals, die demokratische Agitation wird bei den Handwerkern und auf dem Lande voraussichtlich bald mit Hochdruck einlefen, man begegne ihr in gleicher Weise bei Zeiten!

Daß sich Industrie, Handel und Gewerbe zusammen schließen, um sich gegen eine einheitliche und willkürliche Besteuerung zu wehren, wird ihnen niemand verdenken, Voraussetzung ist jedoch, daß eine solche einheitliche Besteuerung auch wirklich in Kraft tritt. Was bisher beschlossen worden ist: Besteuerung von Bier, Branntwein und Tabak, ist nicht einseitig, die Linke hat z. B. in der Kommission auch dieser Besteuerung zugestimmt, allerdings die Beträge nicht in voller Höhe bewilligt, und in diesem Verhalten der Linken sind auch die Reime der später entfallenden Differenzen zu suchen.

Berlin, 5. Juli. Der Abg. C. Raßhardt (Deutsche Mittelstandsvereinigung) hat an den Vorstand der konservativen Partei ein Schreiben gerichtet, an dessen Schlusse es heißt: „Die Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse, namentlich aber die ganz unnatürliche Belastung des Mittelstandes durch die Majoritätsparteien des Reichstages, veranlaßt mich jedoch, die Fraktion höflichst zu ersuchen, mein Hospitantenverhältnis als gestrichelt zu betrachten.“ (Daß der Mittelstand übermäßig hoch belastet wird, trifft zu, diese Belastung war aber bereits vorhanden, ehe die konservativ-liberale Vereinigung zustande kam. Das geht aus dem besondern Artikel der vorigen Nummer des Kreisbl. deutlich hervor. Die Red.)

Berlin, 5. Juli. In einem Bundes schreiben, das die Gründung des Bauernbundes betrifft, heißt es u. a.: „Den Zweck des deutschen Bauernbundes können wir also ganz kurz in folgenden Punkten zusammenfassen: 1. Auf Grundlage unseres Schutzpolitiksystems energische Vertretung der Bauerninteressen in wirtschaftlicher Hinsicht; 2. Einwirkung der öffentlichen Meinung nach der Richtung hin, damit dieselbe nicht, wie es augenblicklich der Ansicht ist, sich der fernern Notwendigkeit der Durchführung einer gemeinsamen Agrarpolitik widersetzt; 3. Bekämpfung der rechtspolitischen Politik der Großgrundbesitzer Interessen, die konsequent durchgeführte, in politischer Hinsicht ihre Mitglieder in einheitlicher Weise zu der realistischen konservativen Partei treibt.“ (Das freisinnige „Berliner Tageblatt“, das sich des neuen Bundes sehr warm annimmt, gibt zu, daß es sich mit der Schutzpolitik des Bundes nicht einverstanden erklären kann. Es liegt also bereits eine prinzipielle Differenz vor, noch ehe der Bund das Licht der Welt erblickt hat. Die Red.)

Berlin, 5. Juli. Zu den Rompropagandaverhandlungen wird offiziell geschlossen: Meldungen der Presse, die auf eine unerwartete Wendung in den Verhand-

lungen über die Reichsfinanzreform hindeuten, sind mit größter Vorsicht aufzunehmen. Sie beruhen wohl mehr auf dem Sensationsbedürfnis, als auf sicherer tatsächlicher Unterlage. In Wirklichkeit neigen die Verhandlungen wegen einer Verständigung zwischen den verbündeten Regierungen und der Reichstagsmehrheit über die Besteuerungsreform ihren Fortgang. Wohl bestehen in einzelnen Punkten und zwar in solchen von erheblicher Bedeutung noch unaustragegliche Meinungsverschiedenheiten. Allein man ist zu der Hoffnung berechtigt, daß bei allseitigem guten Willen, und an solchem ist bisher nicht zu zweifeln, schließlich auch diese Schwierigkeiten überwunden werden und ein, wenn auch hinter dem ursprünglichen Reformplan weit zurückstehendes, so doch erträgliches und vom Standpunkte der Lebensinteressen des Reiches immerhin erwünschtes Ergebnis zu erreichen sein wird.“

Berlin, 6. Juli. Der „Vol.-Anz.“ meldet: In Anwesenheit der einzelstaatlichen Finanzminister findet heute vormittag im Reichstagsgebäude eine Bundesratsitzung statt, in der der Stand und die wichtigsten der Reichsfinanzreform aufs eingehendste zur Erörterung gelangen werden. Zu dieser Sitzung sind auch alle Kommissare geladen, die in den Bundesratsausschüssen an den Arbeiten der Finanzreform beteiligt waren. Wie wir hören, liegt es in der Absicht der verbündeten Regierungen, zum Erlaß für die vom Reichstage in zweiter Lesung bereits angenommene Kottierungsteuer eine Couponte neuer vorzuschlagen; außerdem steht heute noch ein anderer Steuerplan zur Beratung, der einstellend noch geheim gehalten wird. An die Beratung des Bundesrats dürfen sich alsbald die Verhandlungen mit den Führern der neuen Mehrheit des Reichstages anschließen.

Jena, 5. Juli. Der aus der national-liberalen Partei ausgesetzten Abgeordnete Behmann-Jena veröffentlicht folgende Erklärung: Durch einen Teil der Presse geht folgende Notiz, die ich dem „Berlin. Tgl.“ entnehme: „Eine von allen Parteien besuchte, öffentliche, liberale Versammlung in Jena hat nach einem Vortrag des Abgeordneten Fegter aufs schärfste die Ablehnung der Erbschaftsteuer durch den Abgeordneten Behmann verurteilt und die Erwartung ausgesprochen, daß Behmann sein Mandat niederlegen werde.“ Wie weit die Versammlung von allen Parteien besucht war, lasse ich dahingestellt. Bei der letzten Wahl hatte ich rund 11000 Stimmen, der Sozialdemokrat 9000, der vereinigte Freisinn 6000. Bieviel von den 11000 Stimmen national-liberal, wobei dem Bund der Landwirte zuzurechnen sind, ist nicht festzustellen, ist auch gleichgültig. Bleibt das Hindernis des Zusammengehens bei der nächsten Wahl in meiner Person, so wird es eben beseitigt. Natürlich liegt die National-liberalen meines Reiches über meinen Austritt aus der Reichstagsfraktion nicht erfreut, aber sie achten meine Gründe. Der Freisinn jedoch hat über die Niederlegung oder Weiterbestehen meines Mandats gar nicht zu befinden. Wenn auch von den 9 im Wahlkreis erscheinenden bürgerlichen Blättern 7 dem Freisinn, bez. von National-sozialen zuzurechnen sind, so ist das noch lange nicht die öffentliche Meinung. Im übrigen imponiert mit Druckerströmte wenig, freisinnige gar nicht.“

Der Reichstagschluß.

In den Kreisen der neuen Mehrheit des Reichstages rechnet man jetzt damit, daß der Schluß der Reichstags-session nicht vor Mittwoch der nächsten Woche eintreten wird. Die Besoldungsvorlage wird nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, zwischen der zweiten und dritten Lesung der Finanzreform, sondern erst nach Abschluß der ganzen Finanzreform im Plenum beraten werden. Man rechnet damit, daß sie zwei Tage in Anspruch nehmen wird.

Wer wird Reichskanzler?

Die Blätter bringen neuerdings die Nachricht, Graf Posadowsky sei zum Nachfolger des Fürsten v. Bülow ausersehen. Es läßt sich natürlich nicht beurteilen, ob die Nachricht richtig oder falsch ist, wir registrieren sie lediglich als Gerücht. — Genannt wird noch von Bethmann-Sollweg; Graf Wedel hat angeblich definitiv abgelehnt.

Verharmelung der freisinnigen Volkspartei mit der freisinnigen Vereinigung.

In Berlin haben vorgestern, Sonntag, nicht nur die National-liberalen ihren Parteitag abgehalten, sondern auch die Freisinnigen.

Es wurde die Verharmelung beider freisinnigen Gruppen beschlossen, und nachdrückliche Resolution angenommen:

Der Parteitag dankt der Fraktion, daß sie nach Ablehnung der Erbschaftsteuer grundsätzlich die weitere Mitarbeit an der sogenannten Finanzreform verweigert hat, die lediglich eine Gewerbe, Handel, Verkehr und das bewegliche Kapital treffende übermäßige Steuererhöhung darstellt. Der Parteitag erachtet jede wirkliche Einigung der Finanzen für ausgeschlossen, so lange nicht mit der Verleumdungspolitik gebrochen wird, die dem Volk ungeheure Lasten zugunsten des Großgrundbesitzes und einiger weniger konzentrierter Großindustrieller auferlegt und so lange ein Teil der Steuer zur Subventionierung einzelner Gewerbe durch Stebesgaben vermandt wird. Der Parteitag fordert Renteileitung der Reichstagswahlkreise und wirksame Sicherung des Wahlgelbemisses, das Reichstagswahlrecht für Preußen und entsprechende parlamentarische Einrichtungen in den anderen Einzelstaaten.

Kolonialen.

Im persönlichen Meinungsaustausch mit einigen Parlamentariern äußerte sich der Staatssekretär Drenth über die Entlohnung des deutsch-südwestafrikanischen Diamantenhandels. Der Staatssekretär ertheilte einen eingehenden Bericht über die allgemeine Billigung der Anwesenheit, nach neueren Schätzungen wird der Diamantenreichtum Südwestsafrikas auf ungefähr eine Milliarde Wert angenommen. Staatssekretär Dernburg hat die 400 bis 500 Diamanten-Interessenten zu einer Koalition zusammengeschlossen, deren Bedeutung wohl am besten daraus hervorgeht, daß bald nach dem Bekanntwerden dieser Tatsache ein Vertreter der den Diamantenmarkt beherrschenden De Beers Company, dem Staatssekretär, dem dem Anerbieten heranzetretten ist, ein gegenseitiges Preiskartell abzuschließen. Der Staatssekretär hat dieses Anerbieten abgelehnt, da er nach dem gegenwärtigen Stande der Dinge in Südwestsafrika in der Lage zu sein glaubt, die Preise unabhängig von der De Beers Company festzusetzen und sie ihr nötigenfalls diktieren zu können.

Die Lanzenbahn eröffnet.

In Gegenwart des Kaisers Franz Josef fand gestern, Montag, die Eröffnung der neuen Teilstrecke Alpenbahn Spital — Bad Gastein statt. Der Kaiser wurde überall auf das freundlichste begrüßt.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Berlin, 5. Juli. (Sohnnachrichten.) Se. Maj. der Kaiser ist heute nachmittag zur Eröffnung der Dampfstraße Sognitz-Trebbitz an Bord der „Hogensohlens“ in Sagan eingetroffen. Der sächsische Kreuzfahrtdampfer „Königin Viktoria“ war eine halbe Stunde früher eingetroffen.

Hessen, 5. Juli. Auf dem Bundes-tage des Deutschen Reiches wurde am Sonntag bildete die Frage den Hauptgegenstand der Verhandlung, ob Mitglieder der freien Gewerkschaften auch Mitglieder eines Reichesvereins sein können. Zu diesem Punkte hatte der Bundes-vorstand einen Antrag eingebracht, in dem die Frage entschieden verneint wird. In der Begründung des Antrages führte der erste stellvertretende Vorsitzende, Geh. Regierungsrat Prof. Dr. W. Sippel (Berlin) aus: Der Antrag des Bundesvorstandes soll keine Verwirrung der Kameraden darstellen. Wir wollen einfach keinen Sozialdemokraten mehr unter uns haben. Die Arbeiter-Kameraden haben früher unter dem Terrorismus der Gewerkschaften zu leiden. Der Antrag räumt damit auf. Wie verstehen uns nicht, daß die Maßregel etwas schroff ist und sich nicht überall leicht durchführen läßt. Aber man braucht ja diesen Paragraphen nicht gleich schroff zu handhaben. Die Hauptfrage ist zunächst, die Arbeiter-Kameraden aufzufordern, aus den Gewerkschaften auszutreten und in Arbeiterorganisationen einzutreten, die auf nationalem Boden stehen. Wenn es sich schließlich dem Bundesrat an, die im Dekret bekämpfte der freisinnige Parteisekretär Hübl (Sagan i. W.) schen den Antrag des Bundesvorstandes. Der Antrag Hübl wurde abgelehnt und sodann der Antrag des Bundesvorstandes in allen drei Punkten angenommen.

